



Wahlkreis-Infos Dezember 2010

**Liebe Freunde,
liebe Genossen,
sehr geehrte Damen
und Herren,**

schon wieder geht ein Jahr zu Ende. Das vergangene war stark geprägt von der Politik der schwarz-gelben Regierung. Die Bilanz, die ich ziehen muss, fällt leider überhaupt nicht positiv aus.

Mit der Aufkündigung des von Rot-Grün mühsam errungenen Atomkonsenses hat die Regierung einmal mehr gezeigt, dass sie Klientelpolitik im Interesse der großen Energieerzeuger betreibt und den Willen der Bürger außer Acht lässt. Da die Frage der Endlagerung nach wie vor nicht geklärt ist, kam es vielerorts zu lauten Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke.

Ein ähnliches Vorgehen der Regierung ist leider auch in anderen Politikfeldern zu beobachten.

Das im November mit schwarz-gelber Mehrheit verabschiedete Gesetz zur Arzneimittelmarktneuordnung stellt im Grunde auch nichts anderes dar, als ein



Milliardengeschenk an die Pharmaindustrie.

Das Finanzierungsgesetz für die Krankenkassen führt zu einer höheren Belastung der gesetzlich Versicherten und entlässt die Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung. Hier wird wiederum deutlich, dass Schwarz-Gelb unsere solidarischen und sozialen Sicherungssysteme, für die wir Sozialdemokraten immer gekämpft haben, abschaffen wird.

Beweis für den fortschreitenden Sozialabbau ist auch die Neuregelung der Hartz-IV-Sätze. Mit einer Erhöhung um 5 Euro kann das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Existenzminimum nicht gedeckt werden.

Als Vorsitzende des Verteidigungs-Ausschusses

In dieser Ausgabe:

Grußwort	1
Hartz IV	3
Atompolitik	5
Bundeswehr	7
Balkanreise	10
Gesundheit	11
Städtebauförderung	13
Fachkräftemangel	14
Besuch in Berlin	16
Wahlkreis	17
Kontakt	24



Grußwort

möchte ich mich in dieser Ausgabe des Wahlkreis-Infos auch zu Themen der Bundeswehr äußern.

Was bleibt also nach einem Jahr Schwarz-Gelb? Der Rückblick zeigt Orientierungslosigkeit, innere Zerrissenheit und Entscheidungsunfähigkeit ebenso wie Taktiererei und Heuchelei. Bis heute sind Union und FDP heillos zerstritten. Die Koalition hat keine Leitidee und keine Vorstellung von Gemeinwohl. Schwarz-Gelb nimmt die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes nicht wahr.

Im zurückliegenden Jahrzehnt ist Deutschland weit gekommen. Die konjunkturelle Erholung und die sinkende Arbeitslosigkeit zeigen Erfolge der Reformpolitik der letzten Jahrzehnte, zu denen die SPD mit der Agenda 2010 maßgeblich beigetragen hat. Jetzt aber bleiben große Chancen ungenutzt.

Sozialer Ausgleich ist nötig, doch Schwarz-Gelb belastet die Schwachen und bedient die Starken. Statt die Zukunft zu gestalten, werden Lobbyinteressen vertreten und Klientelgruppen bedient. Im Gegenzug steigen die Belastungen für Arbeitnehmer und es erfolgen harte Einschnitte bei den Arbeitslosen und bei den Familien.

Das muss 2011 besser werden und ich werde mich dafür auch weiterhin mit allen meinen Möglichkeiten einzusetzen!

Für die bevorstehende Weihnachtszeit wünsche ich Euch besinnliche Feiertage im Kreise Eurer Lieben sowie Gesundheit, Glück und alles Gute für das neue Jahr!

Herzlichst Eure

Susanne Laschke



SPD fordert bessere Bildung statt mehr Bürokratie

Union und FDP haben im Bundestag ihre umstrittenen Änderungen zu Hartz-IV beschlossen und die von der SPD geforderten Verbesserungen abgelehnt. In der kontroversen Debatte forderte die SPD-Fraktion erneut, die Regelsätze verfassungsgemäß zu berechnen, Mindestlöhne einzuführen und ein echtes Bildungspaket für Kinder aufzulegen. Das nächste Wort hat nun der Bundesrat.

Bei den Regelsätzen wurde getrickst und manipuliert, um die Höhe möglichst niedrig zu berechnen. Als Bemessungsgrundlage wurde nicht das Existenzminimum wie vom Verfassungsgericht verlangt, herangezogen. Statt 20 Prozent der Haushalte mit niedrigem Einkommen wurden statt dessen nur die 15 Prozent der Niedrigsteinkommen genommen. Herausgekommen ist ein Aufschlag bei den Erwachsenen um fünf Euro. Der Satz für Kinder bleibt unverändert. Ziel war, möglichst viel Geld im Haushalt zu sparen.

Auch das schwarz-gelbe Bildungspaket ist ungenügend. Wer die Chancen von Kindern verbessern will, muss für gute Bildungsangebote sorgen, Kinder individuell fördern und Betreuung ausbauen. Davon ist Schwarz-Gelb meilenweit entfernt. Ein Beispiel: Künftig sollen bedürftige Kinder einen Zuschuss für ein warmes Mittagessen in der Schule bekommen. Das ist gut. Allerdings sind nur 20 Prozent der Kinder auf Schulen, in denen es überhaupt ein warmes Mittagessen gibt.

Hinzu kommt: Die Leistungen sollen über Gutscheine oder über Kostenübernahme-Erklärungen abgerechnet werden.

Dadurch entsteht ein enormer bürokratischer Mehraufwand, weil zahllose Einzelvereinbarungen mit Nachhilfe-Lehrern, Sportvereinen und Musikschulen notwendig werden. Die Regierung rechnet mit 135 Mio Euro Verwaltungskosten pro Jahr und zusätzlichem Personalbedarf von 1.300 Mitarbeitern.



Mehr als 5 Euro hat die Bundesregierung für Hartz-IV-Empfänger nicht übrig.

Diese Pläne haben daher bereits den Bundesrechnungshof auf den Plan gerufen. In einer Stellungnahme heißt es: „Die zu erwartenden Kosten des Verfahrens stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert dieser Leistungen.“

Davon abgesehen ist die Finanzierung von Musikunterricht unsinnig, wenn die Eltern dann kein Geld für Instrument und Noten haben. Und ein Kind, das in der Freizeit Sport treiben möchte, benötigt auch nicht nur den Jahresbeitrag für den Sportverein, sondern auch eine Ausrüstung wie Fußballschuhe, Tennisschläger oder Sportbekleidung.

Hartz IV

Daher fordert die SPD:

- Geld für die Ausbildung von Kindern und nicht für den Aufbau von Bürokratie
- Ausbau der Ganztagschulen und mehr SozialarbeiterInnen an den Schulen
- Bildungspakete nicht nur für Kinder aus Hartz-IV-Familien, sondern auch für Geringverdiener und Wohngeldempfänger
- Weitergabe von Bildungsleistungen für Kinder direkt über die Kommunen und nicht über verschiedene Ämter
- Transparente Regelsätze auf einer verfassungsgerechten realistischen Basis

Für die 5-Euro-Erhöhung bei den Regelsätzen und für das „Bildungspaket“ für Kinder veranschlagt die Regierung Kosten von rund 950 Mio Euro. Dem stehen allerdings Einsparungen von rund

2,5 Milliarden Euro gegenüber. So sieht der Gesetzentwurf beispielsweise die Streichung des Elterngeldes in Höhe von 300 Euro für Langzeitarbeitslose vor.

Hier spart die Regierung 450 Millionen auf Kosten einkommensschwacher Familien ein.

Skandalös ist aus Sicht der SPD auch die mit der Neuregelung verbundene Benachteiligung von Behinderten. In Zukunft werden sie nur noch 80 Prozent des Regelsatzes erhalten, wenn sie keinen eigenen Haushalt führen. Das bedeutet für die Behinderten 68 Euro weniger als bisher. Zur Begründung wird angeführt, dass sich Behinderte, die bei ihren Eltern wohnen, in der Regel nicht an den Haushaltskosten beteiligen. Nach Meinung von Experten, werden von dieser Regelung aber auch Behinderte betroffen sein, die in Wohngemeinschaften leben.



Total verstrahlt - Proteste gegen die Atomkraft

So viele Demonstranten wie noch nie zuvor gegen den Castor-Transport: Glaubt man aktuellen Umfragen, so ist auch die Mehrheit der Deutschen gegen Atomstrom und gegen eine Verlängerung der AKW - Laufzeiten. Und das nicht zu Unrecht: Von Anfang 2000 bis einschließlich September 2010 gab es 1.163 meldepflichtige Störfälle in deutschen Atomkraftwerken.

Neben Fragen der Sicherheit gibt auch das Problem der Endlagerung Anlass zur Sorge. Der auf Betreiben von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der Linken eingesetzte Untersuchungsausschuss „Gorleben“ soll unter anderem die Fragen klären, inwieweit es sich bei der Wahl von Gorleben um eine politische Entscheidung der damaligen CDU-Regierung handelte und ob der Salzstock sicherheitstechnisch für eine Endlagerung geeignet ist.

Die Intensität der Proteste ist eine Folge des am 28.10.2010 von Schwarz-Gelb aufgekündigten Atomkonsenses, der von SPD und den Grünen im Jahre 2000 mühsam errungen wurde. Merkel und Westerwelle werfen Deutschland weit zurück auf dem Weg der Energiewende. Sie verspielen die große Chance einer neuen Energiebasis und eines neuen Wachstumsmodells unserer Wirtschaft.

„Ich halte das Vorgehen der schwarz-gelben Regierungskoalition für unverantwortlich“, sagt Susanne Kastner. „Es wird weiterhin hochgefährlicher Atommüll produziert und gleichzeitig der Ausbau der Erneuerbaren Energien blockiert. Die Änderung des Atomgesetzes bedroht Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien und vor allem auch Neuinvestitionen der kommunalen Versorgungsunternehmen.“

Am Tag der Atomgesetznovelle, fanden sich zahlreiche Demonstranten vor dem Reichstag ein. Bereits ab 08:00 Uhr schlossen sie sich zu einer Protestkette zusammen. Lautstark gaben sie ihrem Unmut über die geplante Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraft-



werke Ausdruck. Ab 09:15 Uhr wurde die Bundestagsdebatte zur Änderung des Atomgesetzes auf einer Großleinwand vor dem Brandenburger Tor übertragen. Dort verfolgten die Teilnehmer der Kundgebung, wie nach einer hitzigen Debatte die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen und vor allem gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Verlängerung der Laufzeiten beschloss.

Atompolitik

Der unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg hatte damals einen Investitionsschub im Bereich der regenerativen Energieversorgung ausgelöst. Neue Anbieter, Stadtwerke und Überlandwerke hatten sich darauf eingestellt, mit den eigenen Kraftwerken die stillgelegten AKWs zu ersetzen.

Durch die Laufzeitverlängerung ist die Wirtschaftlichkeit nun nicht mehr gegeben. Im Ergebnis werden deshalb geplante Investitionen verschoben oder sogar zurückgenommen, sodass die erwarteten Gewinne in den kommunalen Haushalten fehlen werden, die für die Finanzierung von

Schwimmbädern, Büchereien, ÖPNV und dergleichen eingeplant waren.

Die Laufzeitverlängerung ist reine Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung, von der hauptsächlich die großen vier Atomstromlieferanten RWE, EON, EnBW und Vattenfall profitieren.

Die Oppositionsfraktionen kündigten bereits im Plenum des Deutschen Bundestages an, ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu bemühen, um das offensichtlich verfassungswidrige Gesetz wieder zu Fall zu bringen.



Zahlreiche Atomkraftgegner protestierten am 28.10.2010 lautstark vor dem Reichstag

Attraktivität + Ausrüstung - Bundeswehr im Umbruch

Mit dem Plan, die Wehrpflicht auszusetzen, die Truppenstärke drastisch zu reduzieren und dabei auch zahlreiche Standorte zu schließen, hat Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg für erheblichen Wirbel gesorgt. Seitdem gibt es mehr Fragen als Antworten. Was genau ist eigentlich ein kleiner Bundeswehrstandort, auf den künftig verzichtet werden soll? Wie sieht die künftige Einsatzbelastung für Soldaten aus - angesichts der bestehenden Herausforderungen? Kann eine wesentlich kleinere Bundeswehr noch dieselben Aufgaben verrichten?

Auf Anweisung des Ministers hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wieker, fünf verschiedene Modelle für die Zukunft der Bundeswehr erarbeitet. Grundlage dafür war die sogenannte Sparklausur der Regierungskoalition im Juni 2010. Minister zu Guttenberg hat dort – fast schon im vorausseilendem Gehorsam – eingewilligt, bis zum Jahr 2014 im Verteidigungsetat 8,3 Mrd. Euro einzusparen.

Wir wissen alle, dass in Zeiten von Wirtschaftskrise und Schuldenbremsen gespart werden muss. Es war jedoch der vollkommen falsche Weg, sich erst bereitwillig den Haushalt kürzen zu lassen und anschließend zu beraten, welche Aufgaben die Bundeswehr mit weniger Geld noch wahrnehmen kann.

Die zentrale Frage, die bei einer Reform vorab zu klären gewesen wäre, bleibt offen: Was soll unsere Bundeswehr künftig eigentlich noch können? Oder anders gefragt: Welche Fähigkeiten muss die Bundeswehr dringend notwendig haben, um der Landesverteidigung und ihren verschiedenen Bündnisverpflichtungen in

der NATO und in Europa nachkommen zu können.

Die von zu Guttenberg eingesetzte Strukturkommission unter der Leitung von Frank-Jürgen Weise hat Ende Oktober ihren Bericht vorgelegt, in dem die gesamte Struktur der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums analysiert



wurde. Herausgekommen ist der Bericht „Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz“, der erhebliche Einschnitte zur Diskussion stellt.

Fakt ist, dass die Bundeswehr kleiner wird und damit auch der ein oder andere Standort in der Bundesrepublik aufgegeben wird, wie es in der Bundeswehr-Sprache heißt.

Die Briefe von Bürgermeistern, die für den Erhalt ihres Standortes werben und die an mich als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses gerichtet sind, stapeln sich bereits auf meinem Schreibtisch.

Bundeswehr



Zum Auftakt ihrer Sommerreise zu insgesamt 15 Bundeswehr-Standorten und Unternehmen der wehrtechnischen Industrie in Bayern stattete die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses dem Kampfhubschrauber-Regiment 26 in Roth einen Besuch ab und testete selbst den Tiger-Flugsimulator.

Die Universität der Bundeswehr in München durfte bei der Reise zu den Standorten in Bayern natürlich nicht fehlen.

Am 18. August 2010 diskutierte Susanne Kastner mit Studierenden u.a. über die Reform der Bundeswehr.



Bei einem Besuch der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Sonthofen, testete die Vorsitzende mit körperlichem Einsatz das Standvermögen und die Abwehrtechniken der BW-Spitzensportler.



Auszeichnung für verwundete Soldaten

Mit einem Empfang am 05. Oktober 2010 im Deutschen Bundestag ehrte der Verteidigungsausschuss 19 verdiente und verwundete Soldaten aller Teilstreitkräfte. Ausschussvorsitzende Susanne Kastner zeichnete die Soldaten für ihre Tapferkeit und ihren Mut aus und dankte ihnen für ihren Einsatz.

Empfang des afghanischen Außenministers



Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, empfing am 28. Oktober 2010 den Außenminister von Afghanistan, Dr. Zalmay Rassoul (Mitte) und seine Delegation zu einem Gespräch.

Balkanreise

Anfang November besuchte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Rahmen einer Delegationsreise auf den Balkan nicht nur deutsche Truppenverbände von EUFOR und KFOR, sondern auch eine Schule, die mit deutschen Spendengeldern wiedererrichtet wurde. Stationen der Reise waren die Länder Bosnien und Herzegowina, Montenegro und der Kosovo.



In Camp Butmir in Bosnien-Herzegowina stattete Susanne Kastner den deutschen Truppen-Kontingenten einen Besuch ab und wurde dort offiziell empfangen.

Im montenegrinischen Podgorica nahm sie an der Vorstellung des Handbuchs über Parlamentarische Anhörungen teil und berichtete von ihren Erfahrungen im Untersuchungsausschuss. Im Anschluss an die Konferenz traf sie sich mit dem montenegrinischen Verteidigungsminister Boro Vucinic zu einem Informationsaustausch.



In Korisha im Kosovo besuchte Susanne Kastner die Sezai Surroi Schule. Diese wurde vor knapp zehn Jahren mit den deutschen Spendengeldern aufgebaut, die Kastner in ihrer damaligen Funktion als Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion überreicht hatte.

Aufkündigung der Solidarität im Gesundheitssystem

Am 11.11.2010 hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag das so genannte **Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (ANMOG)** im Parlament beschlossen. Was der Gesundheitsminister als Arzneimittel-Sparpaket verkauft, ist in Wirklichkeit ein Türöffner, durch den die Pharmakonzerne ihre Profite ausbauen können. Zudem wird die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) geschwächt, was sowohl der Pharmalobby als auch der privaten Krankenversicherung (PKV) zugute kommt. Die SPD-Fraktion hat dazu einen Änderungsantrag und einen Entschließungsantrag im Bundestag eingebracht.

Durch das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz will Schwarz-Gelb der Pharmaindustrie ermöglichen, die Arzneimittelpreise für neue Arzneimittel im ersten Jahr festzusetzen – verbunden mit einer sofortigen Erstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen. Ab dem zweiten Jahr gilt der zwischen den GKV und den Herstellern verhandelte Erstattungspreis nach erfolgter Nutzen-Bewertung. Die Hersteller werden folglich das erste Jahr nutzen, um mit maßlosen Preisen vorab so viel Gewinn wie möglich abzuschöpfen, bevor der Verhandlungspreis festgesetzt wird. Außerdem sollen nutzlose Arzneien leichter verkauft werden können.

Die in der neuen Rechtsverordnung hierfür aufgeführten aufgeweichten Kriterien hat der Verband forschender Arzneimittel-Hersteller vorformuliert. **Lobbyverbände schreiben sich so ihre Verordnungen selbst.**

Anstelle der von der SPD geforderten solidarischen Bürgerversicherung hat

Schwarz-Gelb auch im Falle der gesetzlichen Krankenversicherung die Axt an das solidarische Gesundheitssystem angelegt. Im GKV-Finanzierungsgesetz, das am 12.11.2010 im Bundestag abschließend beraten wurde, hat Schwarz-Gelb vereinbart, dass die **Beitragsätze der GKV ab 2011 um 0,6 Prozent auf 15,5 Prozent steigen. Davon zahlen die Beschäftigten 8,2 Prozent und die Arbeitgeber 7,3 Prozent.** Und: deren Anteil wird eingefroren! Alle künftigen Kostensteigerungen gehen allein zu Lasten der Beschäftigten, der Studierenden sowie der Rentnerinnen und Rentner.



Die Gruppe der Geringverdienenden wird durch das GKV-Finanzierungsgesetz doppelt belastet, weil die GKV nun ohne Beschränkung Zusatzbeiträge - „die kleine Kopfpauschale“ - erheben darf. Es ist davon auszugehen, dass die Krankenkassen in Zukunft einen Beitragssatz von 15,5 Prozent nehmen werden und diese Kopfpauschale stetig steigen wird. Damit hat Schwarz-Gelb ein Ziel erreicht: **Die Arbeitgeber werden dauerhaft aus der Parität entlassen.**

Den von Rösler versprochenen Sozialausgleich gibt es nicht. Bezieher-

Gesundheitspolitik

innen und Bezieher kleinerer Einkommen und vor allem Rentnerinnen und Rentner werden **mit einem Notgroschen abgespeist. Und den gibt es erst, wenn die durchschnittliche Kopfpauschale mehr als zwei Prozent des Einkommens ausmacht.**

Die Wartezeit für einen Wechsel von der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung soll von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt werden. Die Regelung soll noch in diesem Jahr in Kraft treten, damit alle, die mit ihrem Jahreseinkommen aus 2010 die Versicherungspflichtgrenze überschreiten, bereits zum 1. Januar 2011 die Option zum Wechsel in die PKV erhalten. Junge, gesunde Mitglieder werden vermehrt von der gesetzlichen zur Privatversicherung abwandern und Einnahmeverluste für die GKV von 500 Millionen Euro im ersten Jahr verursachen.



In der GKV gilt bislang das Sachleistungsprinzip. Es ist ein Grundpfeiler des solidarischen Gesundheitssystems. Der Arztbesuch wird nach einheitlichen Sätzen durch die Krankenkassen bezahlt. So können Kranke sich medizinisch behandeln lassen, ohne sich fragen zu müssen, ob sie sich das leisten können. Nur 0,2 Prozent der GKV-Versicherten

machen bislang vom sogenannten Kostenerstattungsmodell Gebrauch. Denn häufig bleiben sie auf einem Großteil der Arztrechnung sitzen, weil die Krankenkasse nicht alles übernimmt. Führt der Arzt nämlich Untersuchungen durch, die nicht im Leistungskatalog der GKV stehen, werden die Kosten dafür nicht erstattet. Doch Schwarz-Gelb will die Vorkasse ausbauen. Das führt anders als behauptet nicht zu Kostentransparenz und Einsparungen, wie Vergleiche der Ausgaben von GKV und der privaten Krankenversicherung (PKV) zeigen. Dennoch werden immer mehr GKV-Versicherte diesen Weg wählen, wenn ihnen Ärzte dadurch schneller einen Termin oder eine bessere Behandlung in Aussicht stellen.

Das ist der direkte Weg in eine Dreiklassenmedizin: Private zuerst, dann die Vorkassezahler und am Ende schauen die Normalversicherten in die Röhre.

Schwarz-Gelb bedient also gezielt die Lobbyinteressen von Arzneimittelherstellern und Privatkassen, schwächt die gesetzliche Krankenversicherung und belastet Gering- und Normalverdiener. Die schwarz-gelbe Nettolüge führt in der Gesundheitspolitik zu höheren Abgaben und einseitigen Zusatzbeiträgen für die Versicherten, ist also der Einstieg in das System der Kopfpauschale. Am Ende steht eine soziale Spaltung im Gesundheitswesen in Deutschland, wie sie aus anderen Ländern ohne solidarischen Ausgleich bekannt ist.

Damit wird zukünftig vor einer guten Versorgung im Krankheits- und Versorgungsfall die Frage stehen: „Kannst du es auch bezahlen?“ **Deshalb sagt die SPD: Gesundheit darf auch in Zukunft keine Frage des Geldbeutels sein!**

Sparen auf Kosten der Kommunen

Nach der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 23. November 2010 haben CDU/CSU und FDP das Aus für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ beschlossen. Aufgrund des großen öffentlichen Drucks der Länder, Kommunen und Projektbeteiligten hat die Koalition die Kürzungen der Städtebauförderung zum Teil zurückgenommen. Statt um 305 Millionen Euro wird das Programm "nur" noch um 155 Millionen Euro gekürzt.

Für die Städtebauförderung insgesamt stehen damit im kommenden Jahr nur noch 455 Millionen Euro zur Verfügung, was einer Reduzierung von 15 % entspricht. Die Kürzung trifft massiv das Programm „Soziale Stadt“, wovon bisher auch verschiedenen Gemeinden in unserem Wahlkreis profitiert haben. Das Förderprogramm 2011 wird nur noch 28,5 Millionen Euro umfassen gegenüber 95 Millionen Euro im Jahr 2010.

Die Bundesregierung hat beschlossen,

diese Mittel überwiegend für investive Maßnahmen einzusetzen. Das Programm "Soziale Stadt" lebt aber vom Zusammenwirken baulich-investiver Maßnahmen in Wohnungen, Infrastruktur und Wohnumfeld und sozial-integrativer Maßnahmen wie Nachbarschaftstreffe, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.

Wie sich die Kürzungen und die Beschränkung konkret auswirken, werden wir erst wissen, wenn die Verwaltungsvereinbarung 2011 zur Städtebauförderung zwischen Bund und Ländern abgeschlossen ist. Klar ist aber, dass die Mehrzahl der zurzeit 570 Soziale Stadt-Projekte in über 350 Kommunen nicht mit weiteren Förderzusagen rechnen kann und dass neue Projekte kaum Chancen haben. Gerade der soziale Aspekt der Städtebauförderung wurde damit von der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP quasi gestrichen. **Wieder einmal hat die Bundesregierung bewiesen, dass sie auf dem sozialen Auge blind ist.**



Fachkräftemangel

Können noch mehr Ausländer die Lösung sein?

Bereits in der Vergangenheit gab es in Deutschland ausländische Arbeitskräfte, die sogenannten „Gastarbeiter“. Es wurde davon ausgegangen, dass diese Menschen nach verrichteter Arbeit wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Daher gab es damals so gut wie keine Integrationsanstrengungen. Die daraus entstandenen Probleme sind hinreichend bekannt und werden nicht erst seit der Debatte um Thilo Sarrazin breit diskutiert.

Viele Bürgerinnen und Bürger verstehen daher nicht, dass die Politik nun wiederum ausländische Arbeitskräfte anwerben will.

Nach einem aktuellen Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), wird in den nächsten 10 Jahren die Anzahl der Erwerbstätigen in Deutschland aus demografischen Gründen um 1,8 Mio. Personen schrumpfen und auch in den Folgejahren bis 2025 um weitere 1,8 Mio. abnehmen. Erfreulicherweise wird dabei die Beschäftigung zunächst ansteigen, anschließend aber genauso schnell wieder sinken, so die Prognosen des IAB.

Die Zuwanderung von qualifizierten Kräften wird daher nach Meinung von Experten schon in wenigen Jahren notwendig, denn die Bevölkerung in Deutschland schrumpft immer schneller.

Die Zahl der Geburten ist in Deutschland inzwischen auf ein Rekordtief gesunken. 2009 kamen rund 665.000 Kinder zur Welt, etwa 17.000 weniger als im Vorjahr und nicht einmal halb so viele wie 1964. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt dies zum einen daran, dass Frauen weniger Babys bekommen und zum anderen auch an der sinkenden Zahl der Frauen im geeigneten Alter.

Die SPD wird sich aus diesem Grunde weiterhin dafür einsetzen, dass sich Frauen nicht zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für junge gut ausgebildete Frauen ein wichtiges Entscheidungskriterium für oder gegen Kinder.

Das von Schwarz-Gelb geplante Betreuungsgeld, bei dem Eltern monatlich



Fachkräftemangel



150 Euro bekommen, wenn sie ihre Kinder drei Jahre lang zu Hause erziehen, statt sie in eine Kita zu bringen, setzt völlig falsche Anreize. Die Bundesrepublik kann es sich angesichts des drohenden Fachkräftemangels zudem nicht leisten, auf gut ausgebildete Frauen im Berufsleben zu verzichten.

Attraktivere Arbeitsbedingungen und bessere Verdienstmöglichkeiten im Ausland führen dazu, dass jedes Jahr mehr Menschen aus- statt einwandern. Laut einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsentwicklung haben seit 2005 etwa 1.500 Führungskräfte und Wissenschaftler pro Jahr mehr das Land verlassen, als ähnlich gut ausgebildete Menschen zugewandert sind.

Nicht nur der Aufschwung wird die Nachfrage nach qualifiziertem Personal wieder rapide in die Höhe treiben, es werden auch viele ältere Fachkräfte in den Ruhestand gehen. Derzeit sind elf Millionen Fachkräfte älter als 45 Jahre. Wir bräuchten daher jährlich 550.000 Menschen, um diese Leute zu ersetzen.

Hinzu kommt, dass die moderne Wirtschaft

immer besser ausgebildete Fachkräfte braucht. Noch in den achtziger Jahren wurden vor allem Bauarbeiter und Handwerker gesucht. Heute steigt vor allem der Bedarf an Akademikern, Technikern und Handwerksmeistern.

Das Bildungsniveau der Bevölkerung hält damit aber nicht Schritt: Es gibt zu viele Jugendliche ohne Schulabschluss. Daher sind Qualifizierungsmaßnahmen wichtig, das Problem des Fachkräftemangels lösen sie kurzfristig aber nicht.

Auf Grund der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft, werden auch Heil- und Pflegeberufe an Relevanz gewinnen. So wird schon heute ein Mangel an Ärzten und Altenpflegekräften beklagt.

Es wird somit deutlich, dass wir den Zuwachs von außen dringend brauchen um den wirtschaftlichen Aufschwung und die langfristige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht zu gefährden. Die Thesen Sarrazins dürfen in unserem Lande daher nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Sie schüren nur unbegründete Ängste und spalten das Land.

Besuch in Berlin

Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin



Im September und im November besuchten wieder zwei bunt gemischte Gruppen politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger für vier Tage die Hauptstadt Berlin. Neben SPD-Mitgliedern und Kommunalpolitikern waren auch wieder Mitglieder aus Vereinen und Selbsthilfegruppen dabei, sowie Schüler, die Sozialkundeunterricht hautnah in der Bundeshauptstadt erleben wollten.

Außerdem begrüßte Susanne Kastner auch im vergangenen Jahr wieder viele selbst angereiste Besuchergruppen im Reichstag und nahm sich viel Zeit, um mit den Vertretern der Schulen und Betriebe aus dem Wahlkreis zu diskutieren.



Maroldsweisach

Aus Dank für ihr großes Engagement lud Susanne Kastner die Hauseltern und die Erzieherinnen aus ihrem rumänischen Kinderhaus Casa Prietenia in den Sommerferien nach Maroldsweisach ein. Dabei wurde zusammen mit dem Vorstand des Hilfsvereins ein Grillabend veranstaltet und zünftig mit den Gästen gefeiert.



Unterhohenried

Auch der rumänische Junge Daniel machte Urlaub in den Haßbergen. Dabei kam der sportliche 15-Jährige auch zu einem Besuch zu den Nachwuchsfußballern der Sportfreunde Unterhohenried, die gemeinsam mit ihrem rumänischen Gast trainierten.

Wahlkreis



Florian Pronold, Sabine Dittmar und Susanne Kastner freuten sich über eine lebhafte Diskussion im Mehrgenerationenhaus mit Vertretern vom Senioren-, Jugend-, Familien-, Integrations- und Vereinsbeirat in Bad Kissingen



Besuch bei der Drogenhilfe Tübingen

Übergabe der Zertifizierungsurkunden und Fest mit den Auszubildenden in den Lehr-Werkstätten in Königsberg

.... anschließend Besichtigung des renovierten Schlosses in Eichelsdorf, wo sich eine weitere Einrichtung für Menschen mit Drogenproblemen im Landkreis Haßberge befindet.





Abgeordnete unter sich:

Gedankenaustausch zwischen Landtags- und Bundestagsabgeordneter

Sabine Dittmar, MdL und Susanne Kastner, MdB, teilen sich nicht nur das Bürgerbüro in Bad Kissingen, sondern sie diskutieren auch gerne über aktuelle Themen



Informationsgespräch im SPD-Unterbezirk Rhön-Hassberge-Kissingen:

Matthias Kihn, Kreisvorsitzender in Rhön-Grabfeld, MdL Sabine Dittmar, Kreisvorsitzende im Landkreis Bad Kissingen, Jürgen Hennemann, Unterbezirkvorsitzender, Wolfgang Brühl, Kreisvorsitzender in Haßberge

Wahlkreis



Stadtrundgang in Bad Kissingen mit OB Kay Blankenburg, MdL Sabine Dittmar, dem Landesvorsitzendem Florian Pronold und Mitgliedern der örtlichen SPD



20 Jahre Deutsche Einheit und 20 Jahre Partnerschaft der Ortsvereine Münnerstadt und Schleusingen. Große Feier mit Iris Gleicke, MdB und vielen Zeitzeugen



Die SPD-Spitze stattet dem **Bundeswehr- Standort Hammelburg** einen Besuch ab

mit
Susanne Kastner
Sigmar Gabriel
Florian Pronold
Sabine Dittmar



Wahlkreis



Tagungsstätte Heiligenhof: Seminar der Akademie Mitteleuropa und des Frauenreferats des Verbandes der Siebenbürger Sachsen zum Thema „Moderne Lebensentwürfe: Frauen, Familie & Karriere“, Referentin: Susanne Kastner

Gewerkschaftswechsel

Die enge Verbundenheit zur IG Metall nach vielen gemeinsamen Aktionen in den vergangenen Jahren bewegte Susanne Kastner zum Wechsel von der IG BCE in die IG Metall

Jürgen Hennemann als 2. Bevollmächtigter der Gewerkschaft nimmt den Beitritts-Antrag entgegen.





Bundesweiter Vorlesetag in Schulen und Kindergärten, Susanne Kastner diesmal zu Gast im Kindergarten der Heimatgemeinde Maroldsweisach

Gespannt lauschten die Kinder aus den Gruppen Kleckse, Knirpse, Pünktchen, Rasselbande und Wölkchen der schönen Geschichte von Astrid Lindgren über Pippi Langstrumpf, die gemeinsam mit allen Kindern ihres Dorfes Weihnachten feiert.

Anschließend wurde der Nikolaus mit Liedern und Gedichten empfangen



Kontakt

Mein Team in Berlin



Ilona Laschütza

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Tel: 030-227-77332
susanne.kastner@bundestag.de



Leonie Maas

Auszubildende



Jacqueline Michaelis

Sekretärin
Tel: 030-227-73217
jacqueline.michaelis@bundestag.de

Mein Team im Wahlkreis



Bine Stührmann

Meininger Str. 22
97616 Bad Neustadt
Tel: 09771-97811
susanne.kastner.lt@bundestag.de



SPD-Unterbezirk

Siggie Naumann
Theodor-Morung-Str. 23
97437 Haßfurt
Tel: 09521-3424
siegfried.naumann@spd.de



Karen Pohle

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Tel: 0971-99233
susanne.kastner@wk.bundestag.de